

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	15.09.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Sachstandsbericht Stadthallenumfeld

Sachverhalt:

Bericht zur Situation im Stadthallenumfeld

Ausgangslage:

Der Lebenslagenbericht des Sozialdezernates für das Jahr 2006 konstatiert eine steigende Zahl von Menschen in Bielefeld, die von Transferleistungen abhängig sind. Inzwischen benötigen auch immer mehr Menschen staatliche Ergänzungszahlungen (sog. „Aufstocker“), da das eigene Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt davon bestreiten zu können. Der deutsche Städtetag geht bundesweit von mittlerweile ca. 1.6 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus, die auf diese Ergänzungszahlungen angewiesen sind.

In Bielefeld verzeichnen wir eine zunehmende Zahl von Menschen mit seelischen und Suchterkrankungen. Für den Bereich des illegalen Drogenkonsums liegt die Zahl bei über 2.000 Menschen, für den Bereich der Alkoholerkrankungen werden 10.000 bis 12.000 Menschen geschätzt. Diese steigenden Zahlen haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Stadt Bielefeld.

So beeinträchtigte die Anwesenheit von Menschen der so genannten Randgruppenszene (Alkohol-, Betäubungsmittelabhängige und Wohnungslose) das subjektive Sicherheitsgefühl von Passanten und Besuchern im Stadthallenbereich. Daneben entstand ein negatives Erscheinungsbild im Umfeld der Stadthalle und des Bielefelder Hauptbahnhofs. Diese Situation führte sowohl zu negativen Verhaltensänderungen der Bevölkerung (Verzicht auf Aufenthalt und Nutzung des Geländes) als auch zu wirtschaftlichen Verlusten für die Stadthalle durch den Verzicht auf die Durchführung von Veranstaltungen bzw. die Stornierung bereits gebuchter Events.

Eine alleinige Verdrängung der Szene ohne entsprechende soziale Begleitung, z. B. durch eine gezielte Sozialarbeit vor Ort, würde lediglich zu einer Verlagerung in anliegende Bereiche, wie das Ostmannturmviertel, den Boulevard und die Fußgängerzone führen. Angesichts dieser Situation unterzeichneten die Stadt Bielefeld, die Polizei Bielefeld und die Bundespolizei am 15.03.2007 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Verbesserung des Umfeldes im Bahnhof- und Stadthallenbereich. Parallel dazu wurden Gespräche mit den beteiligten Institutionen des sozialen Hilfesystems geführt und weiterführende Maßnahmen vereinbart.

Zielsetzung:

In einer auf zwei Säulen basierenden Zusammenarbeit, die sowohl eine Erweiterung der bisherigen Angebote des Hilfesystems als auch eine verstärkte und abgestimmte Präsenz von Ordnungskräften beinhaltet, wurden folgende Ziele angestrebt:

- die Randgruppenszene wird den Einrichtungen des Hilfesystems zugeführt
- ein geeigneter Aufenthaltsort für die Randgruppenszene wird geschaffen und genutzt
- das Erscheinungsbild im Stadthallenumfeld soll verbessert werden
- der Stadthallenbereich soll sicher und angstfrei genutzt werden
- das Sicherheitsempfinden wird durch sichtbare Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften gestärkt
- gegen ordnungsrechtliche Verstöße wird konsequent eingeschritten.

Maßnahmen:**Allgemeine Koordination:**

In der ersten Phase des Projekts fanden auf vier Ebenen Koordinationen statt:

- Das Polizeipräsidium Bielefeld koordinierte die Einsätze der in der Ordnungspartnerschaft vertretenen Organisationen und moBiel (PP Bielefeld, Bundespolizei, Ordnungsamt, moBiel)
- Unter Federführung des Sozialdezernenten fanden vierzehntägige Treffen der an dem Projekt beteiligten Geschäftsführungen / Leitungen statt (Drobs, Kava, AIDS -Hilfe, Landes- und Bundespolizei, Ordnungsamt, Heilsarmee, moBiel)
- Ebenfalls unter Federführung des Beigeordneten wurde die Hinführung der Klientel in die Hilfesysteme koordiniert (Kava, Drobs, AIDS-Hilfe, REGE und *Arbeitsplus*)
- Auf der Arbeitsebene fanden regelmäßige Treffen der beteiligten Sozialarbeiter/innen statt (Drobs, Kava, Bahnhofsmision).

Ordnungskräfte:

Die Koordination der Ordnungskräfte begann - wie vereinbart - gleich nach Beginn der Maßnahmen Ende März 2007 unter Federführung der Polizei Bielefeld. Ein abgestuftes Konzept (vom Verteilen von Flugblättern und der Ansprache der Szeneangehörigen über konsequentes, repressives Einschreiten, der Durchführung von Razzien, Beschallung der Tüte und Videoaufzeichnungen durch moBiel, etc.) wurde von den beteiligten Stellen unter Federführung der Landespolizei umgesetzt.

Die ordnungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten konnten anfangs nur beschränkt durchgeführt werden, da für das Gelände der Stadthalle die Ordnungsbehördliche Verordnung galt, die das Lagern und den Alkoholkonsum erlaubt.

„Trotz der personalintensiven Maßnahmen der Ordnungskräfte scheint dies bislang nicht zu einer durchgreifenden Verbesserung des Sicherheitsempfindens und des Erscheinungsbildes „Stadthallenumfeld“ geführt zu haben“, so Aussagen von Anwohnern und diesbezügliche Medienberichte.“ (Jahresbericht 2008, Berichtszeitraum:15.3.2007 bis 15.3.2008)

Nach intensiven Diskussionen wurde im Juni 2008 eine neue Satzung über die öffentliche Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom Rat verabschiedet, die das Lagern und den Konsum von Alkohol auf dem Stadthallengelände untersagt. Die Zahl der Menschen an der Tüte ging auf 10 – 20 zurück.

Das Amtsgericht Bielefeld hatte in seinem Beschluss vom 17.03.2009 in einem Einzelfall ein anhängiges Bußgeldverfahren eingestellt. Grund hierfür war unter anderem, dass laut Satzung der Alkoholkonsum nur in Verbindung mit einer Störung o. ä. eine ordnungswidrige Handlung darstelle. Da jedoch das alleinige Konsumieren von Alkohol mit der Benutzungssatzung verboten werden soll, wurde eine Klarstellung im Satzungstext erforderlich. Zusätzlich wurde ein Schild, das den genauen Geltungsbereich der Satzung grafisch verdeutlicht, aufgehängt. Bis zur Verabschiedung der geänderten Satzung im Juni 2009 stieg die Zahl der Personen an der Tüte auf ca. 90 bis 100 an - nach Inkrafttreten der geänderten Satzung sank die Zahl auf 10 bis 30.

Hilfesysteme:

Die zusätzlichen Sozialarbeiterstellen in der Kavalleriestraße und der Borsigstraße standen ab dem 02.05.2007 zur Verfügung. Beide Einrichtungen haben ihre Öffnungszeiten und ihre Angebote erweitert. Seit Juli 2008 sind die Öffnungszeiten der Einrichtung an der Borsigstraße auf Grund der hohen Nachfrage noch einmal erheblich erweitert worden (8.00 Uhr bis 19.00 Uhr).

Die Angebote in der Kavalleriestraße und der Borsigstraße wurden nach den Erfahrungen mit anderen Einrichtungen (Anfangszeit Borsigstraße, Wilhelm-Bertelsmann-Straße) erwartungsgemäß nach und nach vermehrt angenommen. Zum Teil konnten durch den Einsatz der Sozialarbeit neue Besucherinnen und Besucher angesprochen und erreicht werden.

Borsigstraße:

Die Einrichtung der Drogenberatung in der Borsigstraße ist in der Planung auf ca. 75 Besucherinnen und Besucher ausgelegt worden. Mittlerweile nutzen an Spitzentagen bis zu 200 Personen die Einrichtung. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die steigende Zahl Drogenabhängiger Menschen in Bielefeld, die zunehmenden Wirkung der Maßnahmen im Stadthallenumfeld und auf die immer wieder optimierten Angebote in der Einrichtung. Seit Beginn der Maßnahmen im Stadthallenumfeld stieg die Zahl der Konsumvorgänge im Drogenkonsumraum von 476 im März 2007 (Beginn der Maßnahmen) auf 1.681 im März 2009.

Kavalleriestraße:

Auch hier stiegen die Zahlen auf Grund verstärkter aufsuchender Sozialarbeit, verlängerter Öffnungszeiten und weiterer Maßnahmen, wie z. B. der Einführung eines Mittagessens, von 75 Personen täglich im März 2007 auf 94 Personen täglich im März 2009.

Fazit:

Die eingeleiteten Schritte haben gegriffen: Die koordinierten Maßnahmen der zwei Säulen – sozialarbeiterische Hilfen und Repression – zeigen die folgenden Wirkungen:

- Die Szene im Bereich des Stadthallenumfeldes konnte deutlich reduziert werden.
- Eine Verdrängung in die anliegenden Wohngebiete und die Innenstadt konnte verhindert werden.
- Eine geballte Szenerverlagerung blieb aus. Die Menschen, die sich bislang im Stadthallenumfeld aufhielten, haben sich auf die gesamte Stadt verteilt.
- Die veränderten Angebote der Einrichtungen führten zu einer stärkeren Inanspruchnahme (s. o.).

Weitere Maßnahmen:

Die vereinbarten Maßnahmen sind mittlerweile in die Alltagsorganisation der beteiligten Organisationen und Behörden eingegangen. Die Arbeitsgruppe (Polizei, Bundespolizei, Ordnungsamt, moBiel, Drogenberatung, Sozialdienst Bethel, AIDS – Hilfe, Sozialdezernat) hat eine Analyse der Situation der Gesamtstadt vorgenommen und dabei unterschiedliche Punkte in der Stadt verifiziert, an denen Handlungsbedarf besteht oder entstehen könnte. Als erster Schritt wurden Gespräche zum Gebiet „Bethel / Gadderbaum“ geführt und Maßnahmen vereinbart. Die Arbeitsgruppe trifft sich weiterhin anlassbezogen.

Beigeordnete(r)**Tim Kähler**

